Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 40 (2021)

Heft: 76

Artikel: Weltweit im Widerstand gegen Ungleichheit: aktuelle Protestbewegungen und ihr Potenzial für sozialen Wandel

Autor: Zellhuber, Andrea

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055518

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Andrea Zellhuber

Weltweit im Widerstand gegen Ungleichheit

Aktuelle Protestbewegungen und ihr Potenzial für sozialen Wandel

Die Ungleichheiten zwischen den Generationen haben in den letzten Jahrzehnten parallel zur Kluft zwischen Arm und Reich mit einer alarmierenden Geschwindigkeit zugenommen. Eine grosse Mehrheit der heutigen Jugend steht vor einer schwierigen Gegenwart und ungewissen Zukunft. Gleichzeitig besitzen junge Menschen die Energie, Kreativität und Leidenschaft, sich der hartnäckigen Probleme anzunehmen, die von den Älteren vernachlässigt werden.

Weltweit leben heute 1,8 Milliarden junge Menschen im Alter zwischen 10 und 24 Jahren. In den ärmsten Ländern wächst die jugendliche Bevölkerung am schnellsten, davon leben neunzig Prozent in Ländern des globalen Südens (UN 2018, 4).

Eine allgemeingültige Definition von Jugend gibt es nicht. Sie hängt stark vom kulturellen Kontext ab. Internationale Dokumente (UN 2018; UNDESA 2018) ordnen das Jugendalter der Alterspanne zwischen 15 und 24 Jahren oder bis 29 Jahren zu. Gemäss dem «Lebenszyklus-Ansatz» definiert Jugend weniger die Altersangabe als die Lebensphase am Übergang von der Kindheit zum Erwachsenenleben. Das hauptsächliche Bezogensein auf das private Umfeld der Familie wird durch die Hinwendung zum öffentlichen gesellschaftlichen Leben abgelöst. Erwachsenwerden bedeutet neben persönlichen Veränderungen auch, aktiver Teil der Gesellschaft zu werden und nicht nur Verantwortung für das eigene Leben, sondern auch für das Gemeinwesen zu übernehmen. Prägend für diese Statuspassage sind in den meisten Gesellschaften folgende drei Schritte: Heirat und Familiengründung, Eintritt in den Arbeitsmarkt und Ausüben von Bürgerrechten (Kurtenbach 2012). Der

Stellenwert wie auch die gesellschaftliche Bedeutung dieser drei Transitionen können je nach Kontext stark variieren und die Möglichkeiten, sie erfolgreich zu meistern, hängen wechselseitig voneinander ab. So ist ein Mindestmass an wirtschaftlicher Unabhängigkeit eine zentrale Voraussetzung zur Familiengründung. Eine Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weist weiter darauf hin, dass hohe Jugendarbeitslosigkeit und die damit verbundene Perspektivlosigkeit zu wachsendem Misstrauen gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen System beiträgt (Kurtenbach 2012, 50). Vielerorts lässt sich die Vehemenz und Explosivität von Jugendprotesten auch damit erklären, dass der Übergang ins Erwachsenenleben durch wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklungen erschwert oder blockiert wird.

Erwachsenwerden in Krisenzeiten

Die Jugend von heute wird mit verschiedenen Krisen konfrontiert. Der Klimawandel und die damit verbundenen ökologischen Katastrophen haben beispielsweise einen direkten Einfluss auf die Lebensrealität junger Menschen und wecken Zukunftsängste. Ausgeschlossen von zukunftsgerichteten politischen Entscheidungsprozessen, suchen sie nach Möglichkeiten, die erlebte Ohnmacht zu überwinden.

Auch wirtschaftliche und soziale Krisen betreffen junge Menschen besonders hart. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen ist global weit höher als bei Erwachsenen. COVID-19 hat die Aussichten auf einen Arbeitsplatz zusätzlich verschlechtert. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie drohen Beschäftigungsaussichten einer ganzen Generation junger Menschen dauerhaft zunichte zu machen, warnt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO 2020). Die unter 30-Jährigen sind besonders stark betroffen. Viele arbeiten in besonders beeinträchtigten Wirtschaftssektoren wie dem Gastgewerbe, dem Einzelhandel und vor allem im informellen Sektor. Auch für Schulabgänger*innen wird der Berufseinstieg in den engen Arbeitsmarkt noch schwieriger werden.

Auch die Finanzkrise 2008 traf Jugendliche besonders hart, heftiger als frühere Rezessionen. Eine Studie in siebzehn Ländern mit mittlerem Einkommen belegt, dass die Jugendarbeitslosigkeitsquote am steilsten anstieg und in fünfzehn der siebzehn Länder auch das Lohnniveau für junge Arbeitnehmer*innen sank (Glassco/Holguin 2016, 10). In Lateinamerika stellen Jugendliche beispielsweise trotz relativ niedriger Gesamtarbeitslosenquoten seit zehn Jahren über vierzig Prozent aller Arbeitslosen, obwohl sie lediglich achtzehn Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Eine Welle der Proteste

Als Reaktion auf diese multiplen Krisen häufen sich in den letzten Jahren weltweit Proteste gegen autoritäre Regime, soziale Missstände, prekäre Bildungssysteme und überteuerten öffentlichen Nahverkehr. Dabei bilden Jugendliche die Speerspitze dieser Protestbewegungen. Nicht nur weil jüngere Menschen dazu neigen, die etablierte Ordnung in Frage zu stellen und risikobereiter sind, sondern auch weil sie keinen anderen Ausweg aus sich verstärkenden demografischen, ökonomischen, sozialen und politischen Ungleichgewichten sehen.

Einige dieser Jugendbewegungen haben besonders viel Kraft entwickelt. Allen voran die Klimaaktivist*innen, die mit grosser Dynamik die Jugendbewegungen ins Zentrum der internationalen Politik katapultierten. Mit Fridays for Future erregten sie seit 2019 weltweit Aufsehen und beeinflussten die Klimadebatte massgeblich.[1] Doch auch abseits davon gab es eine Reihe nennenswerter Protestbewegungen.

Die Welle aufsehenerregender Aufstände von Chile bis Hongkong, vom Libanon, von Algerien bis Haiti ist nicht nur eindrücklich, sie wirft zugleich auch Fragen nach gemeinsamen Nennern und kollektiven Ursachen auf. Besonders lehrreich ist dabei der Blick auf Lateinamerika. «Es geht nicht um dreissig Pesos, es geht um dreissig Jahre», lautet eine vielzitierte Parole des chilenischen Aufstands, der mit den Protesten von Schüler*innen gegen eine Fahrpreiserhöhung (von dreissig Pesos) begann. Die dreissig Jahre beziehen sich auf die Tatsache, dass Chile seit der Absetzung der Pinochet-Diktatur zum Vorzeigemodell neoliberalen Wirtschaftens wurde und auf die ungenützten Chancen im Demokratisierungsprozess.

Schnell weiteten sich die Proteste zu einer allgemeinen Revolte gegen eine neoliberale Politik aus, die das Bildungssystem kaputtgespart hatte und nur denen Zukunftsperspektiven bietet, die sich teure Privatschulen und Universitäten leisten können. Chile weist innerhalb der OECD-Staaten die höchste Einkommensungleichheit auf. Dass Fahrpreiserhöhungen der Auslöser für Protestwellen sind, kommt nicht von ungefähr. Im verstädterten Lateinamerika ist dies ein häufig beobachtetes Phänomen. Aufgrund der sehr hohen Wohnungspreise werden Menschen aus den zentralen Quartieren an die Peripherie verdrängt und sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, um zur Arbeit oder Ausbildung zu gelangen. Pendler reagieren, wie die explosionsartigen Proteste in Santiago zeigen, deswegen besonders sensibel auf Änderungen bei den Transportpreisen.

Doch es blieb nicht nur beim Aufstand in Chile. In ganz Lateinamerika reisst die Reihe der Massenproteste der letzten Jahre nicht ab. Auch in Boli-

vien, Ecuador, Haiti, Honduras, Kolumbien, Nicaragua und Venezuela gingen 2019 insbesondere junge Leute und Frauen zu Hunderttausenden auf die Strasse (Vogel 2020).

Ohnmacht als gemeinsamer Nenner

Jeder Protest weist spezifische lokale Aspekte auf, doch zusammen erzählen sie eine umfassende Geschichte darüber, was passieren kann, wenn eine junge Generation im Übergang zum Erwachsenenleben ausgebremst und auf der Wartebank der Perspektivlosigkeit parkiert wird.

Die meisten dieser jungen Menschen werden in einer Welt erwachsen, die durch den Finanzcrash von 2008 gezeichnet ist. Rezession, stagnierende oder sinkende Lebensstandards und Sparprogramme der Regierungen haben ihre Lebenserfahrungen geprägt. Der Schritt, von ihren Eltern unabhängig zu werden und sich ein eigenständiges Leben aufzubauen, verzögert sich durch den erschwerten Eintritt ins Berufsleben. Hinzu kommt der Eindruck, dass die Probleme der Jugend in politischen Entscheiden kein Gewicht haben. Das Gefühl, in dieser entscheidenden Lebensphase in der Luft zu hängen, birgt ein grosses Frustrationspotenzial. Doch gerade dieses, zusammen mit den blockierten Statuspassagen, den Sorgen um die eigene Zukunft und dem fehlenden Platz in der Gesellschaft, kann ebenso mobilisierend wirken (Kurtenbach 2012).

Widerstand gegen Polizeigewalt

Die Erfahrung, nicht gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu sein, ist besonders stark spürbar für People of Color in Ländern, die stark von strukturellem Rassismus und den langen Schatten des Kolonialismus und des Sklavenhandels geprägt sind. So erfahren jugendliche People of Color starke Benachteiligungen in ihren Bildungs- und Berufschancen sowie rassistische Diskriminierung im Alltag. Gerade dagegen wehrten sie sich im letzten Jahr.

Ein gemeinsamer Nenner der Jugendaufstände 2020 war das weltweite Aufbegehren gegen strukturellen Rassismus und Polizeigewalt. Die auf Video dokumentierte, brutale Ermordung George Floyds durch einen Polizisten löste Schockwellen aus und ermöglichte die internationale Ausweitung der Black-Lives-Matter-Bewegung. Auch die nigerianische Regierung sah sich im Oktober gezwungen, eine umstrittene Polizeisondereinheit aufzulösen, nachdem deren Gewalttätigkeit mittels Protesten öffentlich angeprangert worden war. Auch hier dokumentierte ein Video, wie Mitglieder

der Polizeieinheit Special Anti-Robbery Squad (SARS) einen Mann töteten. Es war Auslöser für Massenproteste junger Menschen im ganzen Land.

Auf dem ganzen amerikanischen Kontinent gehört das unverhältnismässige Vorgehen von Polizisten gegen junge Schwarze Männer zum Alltag. So fanden die Black-Lives-Matter-Kundgebungen auch in Kolumbien und Brasilien einen grossen Widerhall und rückten Racial Profiling ins Zentrum der öffentlichen Debatte.

Staatliche Reaktionen: Repression führt zu Eskalation

Ein weiteres wiederkehrendes Muster zeigt sich in der Eskalation ursprünglich gewaltfreier Proteste. Die stark repressiven Reaktionen einer hochgerüsteten Polizei lösen weltweit eine Gewaltspirale aus. In vielen der genannten Fälle erwiesen sich die Regierungen als unfähig, angemessen auf die Unzufriedenheit der Jugendlichen und deren Forderungen nach Respektierung ihrer Rechte zu reagieren. Nicht nur autokratische Regime, sondern auch gefestigte Demokratien griffen zu repressiven Massnahmen. Ein Beispiel aus der langen Liste exzessiver staatlicher Gewalt zur Unterdrückung von Aufständen ist Chile. Dort verübten die Streitkräfte und die Nationalpolizei gross angelegte Angriffe auf Demonstrierende, bei denen vier Menschen getötet und weitere gefoltert und schwer verletzt wurden. Mehr als 350 Personen erlitten schwere Augenverletzungen (Amnesty International 2020).

Grosses internationales Aufsehen erregten auch die gewaltsamen Reaktionen auf die Proteste in Hongkong. Die seit Juni 2019 anhaltenden Massenproteste in der chinesischen Sonderverwaltungszone erfolgten auf ein Auslieferungsgesetz und entwickelten sich zu einer breiten Bewegung für mehr Freiheiten und Autonomie. Die Bilder der monatelangen, zunehmend gewalttätigen Proteste, die durch die immer brutaleren Reaktionen der Polizei angestachelt wurden, gingen um die Welt. Bislang wurden über 7000 Personen verhaftet, davon sind über 2400 Studierende, 31 Prozent der Verhafteten sind zwischen 21 und 25 Jahre alt (Bland 2020).

Dass die Proteste auch nach dem Rückzug des umstrittenen Gesetzesentwurfs andauerten, hängt mit vielen Faktoren zusammen. Sozioökonomische Probleme wie die massive Ungleichheit, die niedrigen Einstiegsgehälter für Akademiker*innen und die höchsten Immobilienpreise der Welt haben in der jungen Generation zu einem Gefühl der Frustration und Entfremdung geführt. Zudem versuchten Regierungsvertreter*innen die Demonstrant*innen als mutwillige Randalierer*innen zu verunglimpfen, die von feindlichen «ausländischen Kräften» gesteuert würden. Diese Diffamierung und die ge-

zielten Falschdarstellungen in den lokalen Medien verstärkten die Identität der Hongkonger Jugend, die für ihren spezifischen Lebensstil und ihre Kultur kämpft.

Erfolgreicher feministischer Widerstand macht Hoffnung

Viele Momente der verschiedenen Krisen betreffen überproportional Mädchen und junge Frauen, vor allem was den gleichberechtigten Zugang zum Recht auf hochwertige Bildung, Gesundheitsversorgung oder menschenwürdige Arbeit betrifft. Sie erfahren Mehrfachdiskriminierung und Marginalisierung. In vielen Ländern sind zudem sexuelle und reproduktive Rechte immer noch ein höchst umstrittenes Thema. Gerade junge Frauen sind die Leidtragenden, wie die hohe Zahl der Teenager-Schwangerschaften und der illegalen Schwangerschaftsabbrüche in vielen Regionen belegt.[2]

Nicht nur deswegen ist es besonders erfreulich, dass in den letzten Jahren in Lateinamerika eine neue Generation junger Feminist*innen eine Massenbewegung auslöste, die in vielen Ländern der Region erfolgreich dem rechtspopulistischen Backlash trotzte (Ehing 2019, 2). Ausgehend von den #NiUna-Menos-Protesten in Argentinien 2015 schwappte eine Protestwelle gegen Gewalt an Frauen und Femizide über den Kontinent. Auch 2020 gingen hunderttausende Aktivist*innen für tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel auf die Strasse und forderten ein Leben frei von Diskriminierung und Sexismus, und vor allem ein Leben frei von Gewalt. Sie verkörpern den Gegenpol zum Erstarken einer rechtskonservativen Politik, die Fortschritte bei Frauen- und LGBTIQ-Rechten systematisch torpediert. Die junge Generation lateinamerikanischer Feminist*innen eint zudem die Kritik am neoliberalen Wirtschaftsmodell. Sie betrachten die alltäglichen Gewalterfahrungen im Kontext von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen als ein Kontinuum struktureller Gewalt auf unterschiedlichen Ebenen. Ausgehend von sehr konkreten und existenziellen Forderungen, wie das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit, stellen sie die herrschende Geschlechterordnung und das bestehende ökonomisches System infrage. Dabei thematisieren sie auch strukturelle wirtschaftliche Gewaltverhältnisse und unterschiedliche Formen von Ausbeutung (Kim 2020, 16).

Besonders die Beispiele Argentinien und Chile machen Hoffnung. Dort haben feministische Bewegungen die politische Agenda im letzten Jahr massgeblich mitbestimmt. In Chile spielten Feminist*innen eine zentrale Rolle bei den Aufständen gegen die Regierung. Zum internationalen Symbol

wurde der Protesttanz des jungen Frauenkollektivs Las Tesis, «Un violador en tu camino», der die Straflosigkeit und Kultur der Duldung von Gewalt an Frauen anprangert. Auch dieses Video inspirierte 2019 Nachahmer*innen auf der ganzen Welt. Ein Zeichen, wie kreativer Protest gegen patriarchale Strukturen Widerhall finden kann und Menschen ermutigt.

In Argentinien feierte die feministische Bewegung Ende 2020 einen grossen Erfolg: nach jahrelangem politischem Ringen genehmigte der argentinische Senat ein neues Gesetz, das Schwangerschaftsabbrüche bis zur 14. Woche erlaubt. Mit dieser Liberalisierung des Abtreibungsrechts wird Argentinien zum Vorreiter in einem besonders in Lateinamerika hochsensiblen Thema. Nun hoffen Aktivist*innen, dass dieser Präzedenzfall Raum schafft für ähnliche Gesetze in der gesamten Region.

Noch immer überwiegt Adultismus

Auch in internationalen Organisationen geniessen in letzter Zeit Krisen, die spezifisch junge Menschen betreffen, dank der heftigen Proteste mehr Aufmerksamkeit. Die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der Zugang zu umfassender Schulbildung und Berufsausbildung sowie der bessere Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten haben in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen hohe Priorität. Auch auf multilateraler Ebene wurden zahlreiche Deklarationen und Rahmendokumente zu Jugendpolitik veröffentlicht (Glassco/Holguin 2016, 16; UN 2018). Viele Gipfeltreffen, UN-Foren und andere multilaterale Veranstaltungen in den letzten Jahren stellten die Herausforderungen der Jugend ins Zentrum. Doch die konkreten Umsetzungsschritte hinken den Ansprüchen der dort formulierten Ziele noch weit hinterher. Auch wenn Programme wie das Word Programme of Action for Youth (WPAY) und die verschiedenen regionalen UN Youth Charters wichtige Referenzen sind, um die spezifischen Rechte einzufordern.

So bleiben Jugendliche trotz ihrer demografischen Stärke und ihres kreativen Potenzials von formellen politischen Prozessen weitgehend ausgeschlossen und unterliegen nach wie vor altersbedingter Ausgrenzung. Auch wenn sie dereinst die Hauptlast der ungelösten Krisen, wie die Auswirkungen des Klimawandels, zu tragen haben, sind sie politisch und kulturell marginalisiert. Die auf Erwachsene ausgerichtete Politik wie auch soziale Normen und Werte berücksichtigen selten die Ansichten, Interessen oder Stimmen junger Menschen (Glassco/Holguin 2016, 2).

Transformative Kraft zulassen

Es ist keine Neuheit der letzten Jahre, dass junge Menschen, insbesondere Student*innen, Schlüsselakteur*innen progressiver sozialer Bewegungen sind. Verstärkend wirkt heute, dass die Jugend mit den Herausforderungen der multiplen gesellschaftlichen Krisen konfrontiert ist, mehr denn je Zugang zu Informationen hat und weltweit zur numerisch grössten Bevölkerungsgruppe angewachsen ist.

Ihr demografisches Gewicht und die Rahmenbedingungen extremer Ungleichheit führen dazu, dass die heutige Jugend eine beispiellose Motivation hat, den Status quo herauszufordern, und ein beispielloses Potenzial, um sozialen und politischen Wandel voranzutreiben. Keine Generation zuvor war derart über digitale Medien global vernetzt. Jugendliche jonglieren geschickt mit den vielfältigen Werkzeugen und nutzen sie für kreative Formen der Mobilisierung. So fordern sie das politische Establishment heraus und weiten zugleich das Feld der politischen Teilhabe aus.

In zunehmend fragilen und polarisierten politischen Kontexten, die den Raum für die Zivilgesellschaft und demokratische Rechte einschränken, bildet die organisierte Jugend eine starke Stimme gegen Rechtsverletzungen und antidemokratische Backlashs. Der friedliche Widerstand, die politische Mobilisierung und die Vernetzung über Ländergrenzen hinweg ist eine grosse Chance für dauerhafte, positive Veränderungen.

Gerade in Kontexten gesellschaftlicher Polarisierung stellen sozial engagierte Jugendliche ein wichtiges Potenzial für die Resilienz von Gesellschaften in Krisenzeiten dar. Wenn Jugendliche aber dazu befähigt werden, an der zivilen Sphäre teilzuhaben, können sie Akteur*innen des Wandels sein und der zunehmenden sozialen Fragmentierung und Ungleichheit entgegenwirken.

Anmerkungen

1 Für eine ausführliche Analyse der Schweizer Klimastreikbewegung siehe den Beitrag von Milena Hess in diesem Band.

2 Frühverheiratung und Teenager-Schwangerschaften tragen dazu bei, dass junge Frauen aufgrund von gesundheitlichen Problemen, Stigmatisierung und sozialen Rollenerwartungen vom Zugang zu Schulbildung ausgeschlossen werden. Zwar zeigen globale Statistiken zu Teenager-Schwangerschaften seit 1990 eine abnehmende Tendenz, doch die Raten sind im Nahen Osten und Nordafrika (38 Prozent) und in Subsahara-Afrika (16 Prozent) weiterhin sehr hoch (UN DESA 2018, 25).

Literatur

Amnesty International, 2020: Jahresbericht 2019. Amerikanischer Kontinent. (online, Abfrage 15.2.2021)

Bland, Ben, 2020: «Generation HK». Protest und Identität in Hongkong (online, Abfrage 22.1.2021)

Ehing, Claudia, 2019: Feminismus im Aufwind. Feministische Bewegungen in Lateinamerika und der Karibik trotzen dem Rechtsruck (online, Abfrage 14.2.2021)

Glassco, Jennifer / Holguin, Lina, 2016: Youth and Inequality – Time to support youth as agents of their own future (online, Abfrage 14.2.2021)

International Labour Organization (ILO), 2020: COVID-19 disrupts education of over 70 per cent of youth (online, Abfrage 14.2.2021)

Kim, Caroline, 2020: Die mächtigste Möglichkeit, das Gemeinsame zu schaffen. Zur Politisierung von Gewalt als Strategie in der feministischen Bewegung Argentiniens. In: Lateinamerika Nachrichten Dossier Nr. 18, 15–17

Kurtenbach, Sabine, 2012: Jugendproteste. Blockierte Statuspassagen als einigendes Band (online, Abfrage 14.2.2021)

UN, 2018: Youth 2030 – working with and for young people (online, Abfrage 14.2.2021)

UN Department of Economic and Social Affairs (UN DESA), 2018: World Youth Report 2018 – Youth and the 2030 Agenda for Sustainable Development (online, Abfrage 14.2.2021)

Vogel, Wolf-Dieter, 2020: Bis es sich zu leben lohnt. In: AMNESTY, Nr. 101, 30–32

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14,– Euro, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) einschl. Porto

Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de • www.metropol-verlag.de